



Stoppt Erdoğans Einmarsch

Selbstbestimmung für Kurd*innen nur auf sozialistischem Weg möglich

Der vom türkischen Präsidenten Erdogan geplante Einmarsch der türkischen Armee in den von Kurd*innen verwalteten Gebieten Nordsyriens ist ein Überfall auf das kurdische Volk. Damit versucht er einerseits von seinen wachsenden innenpolitischen Problemen abzulenken und gleichzeitig verfolgt er das strategische Ziel, die kurdische Bewegung für nationale Selbstbestimmung zu zerschlagen. Sein Plan, Millionen syrisch-arabischen Geflüchtete, die sich zur Zeit in der Türkei aufzuhalten, in den kurdischen Gebieten anzusiedeln, ist ein Rezept für ethnische Spannungen, Bürgerkrieg und ein Wiedererstarken rechts-islamistischer Kräfte nach der militärischen Niederlage des Islamischen Staats in Syrien.

Deshalb: Nein zur Invasion der türkischen Armee in Nordsyrien!

Gleichzeitig hat der US-Präsident Trump den Rückzug der US-Truppen aus der Region angekündigt und damit Erdogan grünes Licht für einen Überfall auf die Kurd*innen gegeben. Dies geschieht nachdem die kurdischen Militäreinheiten der YPG im Kampf gegen den IS ein Bündnis mit den US-Streitkräften eingegangen waren. Nun lässt Trump seine vormaligen Verbündeten im Stich – etwas wovor wir in den letzten Jahren oftmals gewarnt haben. Dass nun Teile des US-Es-

tablishments Trump deswegen kritisieren ist nicht Ausdruck ihrer Verlässlichkeit oder einer grundlegend anderen Haltung, sondern der innenpolitischen Auseinandersetzungen in den USA.

Deshalb: Die Kurdinnen und Kurden können sich im Kampf für ihre nationalen Rechte nicht auf imperialistische Mächte verlassen und Bündnisse mit diesen werden sich rächen.

Die kurdische Autonomiebewegung in Rojava hat in den letzten Jahren viele Sympathien in der internationalen Linken und Arbeiter*innenbewegung gewonnen. Sie hat heldenhaft gegen die Brecherbanden des Islamischen Staates gekämpft, die Jesid*innen verteidigt und sich für demokratische Rechte, Frauenbefreiung und gegen ethnische und nationale Spaltung und Diskriminierung eingesetzt. Viele sprachen von einer Revolution in Rojava, manche Linke verglichen die Entwicklungen mit dem Spanischen Bürgerkrieg.

Rojava war ein Licht in der Dunkelheit des Mittleren Ostens, der von Bürgerkriegen, dem Vormarsch des rechten politischen Islam und der Dominanz reaktionärer Kräfte geprägt war. Wir als revolutionäre Sozialist*innen

haben die Kurd*innen gegen die Angriffe des IS und anderer reaktionärer Feinde verteidigt, aber auch darauf hingewiesen, dass die dominierenden politischen Kräfte der kurdischen Bewegung – PYD, YPG und letztlich die PKK – kein Programm und keine Strategie anbieten, die zu einer erfolgreichen nationalen und sozialen Befreiung für die kurdischen Arbeiter*innen und Bauern/Bäuerinnen führen werden.

Statt die politische und militärische Macht in Rojava zu nutzen, um mit den Grundübeln von kapitalistischem Privateigentum und Großgrundbesitz Schluss zu machen, wurde dies nicht angetastet. Gleichzeitig wurde ein Militärbündnis mit den US-Streitkräften eingegangen und sprachen PYD Führer von gemeinsamen demokratischen Zielen mit den USA. Militärische Aktionen wurden nicht auf die Verteidigung der kurdischen Gebiete beschränkt, sondern auch arabisch bewohnte Gebiete, wie die Stadt Raqqa, eingenommen. Das muss in der arabischen Bevölkerung Nordsyriens zu Fragen und Zweifeln zum Charakter und den Zielen der YPG geführt haben und hat der kurdischen Bewegung politisch geschadet. Es darf keinen Zweifel darüber geben, dass in den von den Kurd*innen selbstverwalteten Gebieten die kulturellen und

Sozialistische Offensive



religiösen Rechte von Minderheiten gewahrt werden, es keine Diskriminierung und ethnisch motivierte Politik geben darf. Ziel muss die Einheit der Arbeiter*innenklasse und Unterdrückten unabhängig von Nationalität und Religionszugehörigkeit sein.

Daraus – und aus dem Vorgehen der USA - müssen nun die Lehren gezogen werden. Um eine Alternative zu rechtem politischen Islam, Diktaturen, imperialistischer Dominanz zu entwickeln, ist der Aufbau einer unabhängigen, multi-ethnischen und konfessionsübergreifenden, sozialistischen Arbeiter*innenbewegung nötig. Die aktuelle Massenbewegung im Irak, die Proteste in Ägypten, die Streiks in Jordanien zeigen, dass die soziale Frage wieder in den Vordergrund rücken kann. Das bietet die Chance für die Entwicklung eines Klassenkampfs von unten. Dazu sind der Aufbau von Gewerkschaften und sozialistischen Arbeiter*innenparteien nötig. Der Kampf für

nationale Befreiung und kulturelle Rechte muss verbunden werden mit dem Kampf gegen Ausbeutung und für soziale Befreiung. Das ist im Rahmen der kapitalistischen Verhältnisse in einer vom Imperialismus dominierten Welt unmöglich. Jeder Versuch mit den regionalen korrupten Eliten einen Weg zu wirklicher nationaler Selbstbestimmung zu finden, ist zum Scheitern verurteilt. Jede Hoffnung, die USA oder andere imperialistische Mächte, wie Russland, könnten im Interesse der Unterdrückten handeln, ebenfalls. Es gibt keine Alternative zum Kampf für eine sozialistische Veränderung. Und nur der Kampf für eine sozialistische Alternative kann die Arbeiter*innen und Unterdrückten des Nahen und Mittleren Ostens unabhängig von Nationalität und Religionszugehörigkeit vereinen.

Deshalb: für ein sozialistisches Kurdistan als Teil einer freiwilligen sozialistischen Föderation der Länder des Nahen und Mittleren Ostens!

Sozialistische Offensive
Committee for a worker's international
www.sozialistischeoffensive.home.blog
sozialistischeoffensive@gmail.com

Wer wir sind:

Die Sozialistische Offensive ist Mitglied im „Komitee für eine Arbeiterinternationale“ (KAI, engl. CWI – „Committee for a Workers' International“, www.socialistworld.net). Das CWI setzt sich für die internationale Einheit der ArbeiterInnen ein und organisiert grenzüberschreitende Gegenwehr und Solidarität. Ziel ist die weltweite Abschaffung des kapitalistischen Profitsystems und der Aufbau einer Föderation sozialistischer Demokratien.

Kapitalismus bedeutet wiederkehrende Krisen, ungewisse Zukunft, Senkung des Lebensstandards, Krieg, Klimakatastrophe und Diskriminierung. Der Kapitalismus kann nicht zu einer sozial sicheren und gerechten Gesellschaft umgestaltet werden. Deshalb gilt es, den Kampf für dauerhafte Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden. Sozialismus bedeutet, dass Banken und Konzerne in Gemeineigentum sind und die Gesellschaft demokratisch durch die Beschäftigten kontrolliert und verwaltet wird. Eine solche Gesellschaft würde ermöglichen, dass ihre Ressourcen im Sinne der Bedürfnisse der Mehrheit demokratisch geplant werden, nicht für die Profite einer Minderheit und zwar auf eine nachhaltige Art und Weise die den Planeten nicht zerstört. Das hat nichts mit den stalinistischen Diktaturen zu tun, die in der Sowjetunion und dem Ostblock existierten – aber auch nichts mit dem „Sozialismus“ für den die prokapitalistische sozialdemokratische Führung steht. Solch eine Gesellschaft muss durch Bewegungen der Arbeiter/innenklasse erkämpft werden.

